
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DR. NAAS ZU URBANEN SEILBAHNEN

19.02.2019

- Seilbahnen als innovative und kostengünstige Ergänzung im ÖPNV ermöglichen
- Förderfähigkeit im Mobilitätsförderungsgesetz sicherstellen
- Freie Demokraten legen Gesetzentwurf vor

WIESBADEN - „In den hessischen Städten und Ballungsräumen wird der Wettbewerb um verbliebene Freiflächen immer intensiver. Davon sind auch öffentliche Verkehrssysteme betroffen. Gerade deren Ausbau ist jedoch dringend notwendig. Urbane Seilbahnen besitzen hier ein besonderes Potenzial. Da sie über eine unabhängige Trasse verfügen, können sie konventionellen ÖPNV sinnvoll ergänzen und erweitern, ohne dass aufwendige Infrastrukturmaßnahmen und Flächenverbrauch notwendig wären. Die Vorteile von Seilbahnen sind etwa der geringe Platzbedarf, die einfache Überwindung von Flüssen und Bergen oder eine Zubringer- bzw. Verteilfunktion für den schienengebundenen ÖPNV ohne aufwändige Planungsverfahren“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Dr. Stefan NAAS.

NAAS weiter: „In ganz Deutschland und weltweit werden aufgrund von Platzmangel und Kostengründen Seilbahnlösungen als kostengünstige, innovative und effiziente Beförderungsmethoden geprüft und diskutiert. Entsprechende Seilbahnsysteme haben bereits seit mehreren Jahren ihre Leistungsfähigkeit für den Massentransport unter Beweis gestellt (z.B. in Portland, London oder La Paz). Im Raum Frankfurt gibt es Ideen für Seilbahn-Projekte, etwa von Schmitten zur U-Bahn-Station Hohemark oder für eine Entlastung Neu-Isenburgs parallel zum Autoverkehr. Urbane Seilbahnen sind daher durchaus geeignet, situationsbedingt bestimmte Verkehrssituationen zu entlasten und den öffentlichen Personennahverkehr punktuell zu verbessern. Um dies zu prüfen und eine Errichtung zu ermöglichen, brauchen wir Rechtssicherheit bei der Förderung durch das

Mobilitätsfördergesetz. Dies wollen die Freien Demokraten durch den vorgelegten Gesetzentwurf erreichen. Baden-Württemberg hat bereits 2015 eine entsprechende gesetzliche Grundlage in seinem Fördergesetz geschaffen, die wir nun auch für Hessen einführen wollen, um eine sinnvolle und umweltverträgliche Ergänzung des ÖPNVs im Ballungsraum zu ermöglichen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de